

WEIHNACHTSGESCHÄFT

## Postboten überlastet

Während saisonaler Hochphasen, wie der Advents- und der Weihnachtszeit, ist der Briefzustelldienst der Deutschen Post AG offenbar stark überlastet. Dies führt dazu, dass vor allem in großen Zustellbezirken die Post nicht mehr täglich ausgeliefert, sondern über mehrere Tage gesammelt und erst dann im Paket ausgeteilt wird. Gegenüber Kunden, die sich über derartige Vorgänge beklagen, lässt der „Kundenservice Brief“ der Zentrale in Bonn ausrichten, es lägen an „verschiedenen Werktagen unterschiedliche Sendungsmengen für die Zustellung vor“. Adressen, die am Ende eines Bezirks liegen, könnten daher nicht täglich beliefert werden. Gerade bei „nicht vorhersehbaren enormen Sendungsmengen“ müssten die Mitarbeiter „nach dem Arbeitsschutzgesetz die Dienstzeit nach über zehn Stunden abbuchen“. Gleichwohl hofft die Post, so deren Schreiben, die Kunden „künftig wieder von der Qualität unserer Leistungen überzeugen zu können“.



VOLKMAR SCHULZ / KEystone

Postzusteller



WOLFGANG MARIA WEBER

Ladenpassage (in München)

EINKOMMEN

## Bremse für den Aufschwung

Trotz guter Konjunktur haben die Deutschen seit Amtsantritt der Großen Koalition weniger Geld zur Verfügung. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Eine wesentliche Ursache dafür ist die Mehrwertsteuererhöhung, aber auch die Tatsache, dass die Gehälter nur sehr langsam stiegen. „Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hat sich vom dritten Quartal 2005 bis zum dritten Quartal 2007 nominal um 3,2 Prozent erhöht und real um 0,4 Prozent verringert“, heißt es in dem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums an die Liberalen. „Das ist das Ergebnis einer unsozialen Politik der Bundesregierung, die vor allem Geringverdie-

ner trifft“, sagt der FDP-Abgeordnete Volker Wissing, der die Anfrage stellte. Nach einer Studie des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bremsen die geringe Steigerung der Bruttolöhne, die Steuererhöhungen zum Beginn des Jahres sowie die hohe Inflationsrate den Aufschwung. Zudem legen die Deutschen derzeit weit mehr Geld auf die hohe Kante als in früheren Aufschwungsphasen. „Entsprechend wird das Wachstum im kommenden Jahr deutlich geringer ausfallen als bislang prognostiziert“, sagt IMK-Chef Gustav Horn. Die Bundesregierung rechnet zurzeit noch damit, dass die Wirtschaft im Jahr 2008 um zwei Prozent zulegt.

ARBEITSLOSE

## Tauziehen um Reformverschiebung

Von der drohenden Verschiebung der Reform des Arbeitslosengeldes I wären über 30 000 Menschen betroffen. Das haben interne Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums ergeben. Die SPD will die von den Koalitionsspitzen vereinbarte Reform noch in diesem Jahr beschließen und zum 1. Januar in Kraft setzen. Dafür müsste das Parlament aber entweder auf die üblichen Anhörungen verzichten oder im Dezember zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Die Unionsfraktion lehnt das ab. Bundes-



DANIEL KARSMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Agentur für Arbeit (in Nürnberg)

kanzlerin Angela Merkel ließ dagegen erklären, sie werde das Ziel, die Neuregelung bereits Anfang kommenden Jahres in Kraft treten zu lassen, „aktiv unterstützen“. Im Kanzleramt

hiess es, im Gesetzesentwurf, den das Kabinett am Dienstag verabschieden wird, werde eine Rückwirkungsklausel enthalten sein. Das stößt bei der SPD allerdings auf wenig Gegenliebe. Im Arbeitsministerium befürchtet man einen gewaltigen Bürokratieaufwand, falls das Gesetz erst im März in Kraft tritt und die Bescheide für die Arbeitslosen ab Januar neu berechnet werden müssten. Die Koalition hatte Mitte November beschlossen, dass ältere Arbeitslose, die lange gearbeitet haben, bis zu 24 Monate lang Arbeitslosengeld bekommen sollen.